

Wiener Stadt-Bibliothek.

72634 A

u 72034

Die Schiebergeschäfte der Regierungsparteien

Der Antisemitismus
im Lichte der Tatsachen

Enthüllungen des Abgeordneten
Robert Danneberg in der Sitzung
des Nationalrates am 6. Juli 1926

Abdruck aus dem stenographischen Protokoll



Wien 1926

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung

Die Rede des Abgeordneten Robert Danneberg.

Hohes Haus! Die Regierung hat heute dem Hause zwei außerordentlich wichtige Vorlagen unterbreitet. Der Herr Finanzminister hat die Einbringung dieser Vorlagen mit einer Rede begleitet, in der er eine Geschichte der Zentralbank der deutschen Sparkassen gegeben hat, um die es sich in diesen beiden Gesekentwürfen der Regierung handelt. Ich muß vorweg betonen, daß diese sonst sehr ausführliche Geschichte, die der Herr Finanzminister hier erzählt hat, einige Mängel aufweist. Sie ist lückenhaft, und zwar gerade in sehr wichtigen und charakteristischen Punkten. Ich muß mir vorbehalten, in meinen Ausführungen die Darstellung der Geschichte der Zentralbank der deutschen Sparkassen wesentlich zu ergänzen.

Bevor ich das aber tue, möchte ich noch feststellen, daß natürlich die erste Lesung zweier so wichtiger Vorlagen schwer durchführbar ist, sofern man schon Detailberatungen verlangt, weil diese Gesetze eben jetzt vor einer Minute hier zur Kenntnis der Abgeordneten, mindestens der Abgeordneten der Opposition gekommen sind (Zwischenrufe) und es natürlich völlig ausgeschlossen ist, daß man sich über solche Gesetze in wenigen Minuten Klarheit verschaffen kann; mindestens kann man es dann nicht tun, wenn man wirklich Verantwortungsgefühl in solchen Fragen hat. Daher werden wir uns in der heutigen Debatte, in der ersten Lesung, nur mit den allgemeinen grundsätzlichen Fragen beschäftigen können, die hier entstehen.

Bevor ich das aber tue, möchte ich ein Wort zu dem Gesetze sagen, dessen erste Lesung bereits auf der Tagesordnung des Hauses gestanden ist, das ist das Gesetz über eine Ergänzung des Fusionsgesetzes. Es handelt sich hier, wie wir alle wissen, um die Frage der Anglobank, die jetzt aus Österreich verschwinden will und ihre ganzen Agenden der Kreditanstalt übergibt.

Der Redner bespricht nun ausführlich dieses Gesetz und fährt dann fort:

Der Gegenstand aber, mit dem wir uns da zu beschäftigen haben, hängt nicht nur zufällig mit der Frage zusammen, die jetzt auch zugleich durch die erste Lesung der beiden heutigen Regierungsvorlagen auf der Tagesordnung steht, die Dinge stehen vielmehr auch in einem gewissen sachlichen Zusammenhang. Ich erinnere mich, hohes Haus, daß damals, vor fünf Jahren, als dieses Länderbankgesetz und das Anglobankgesetz hier beschlossen worden sind, in der gleichen Sitzung auch ein drittes Gesetz die Zustimmung des Hauses gefunden hat, es war das Gesetz über die Errichtung der Bankenkommision. Man hat damals diese Bankenkommision eingerichtet und der Herr Abgeordnete Pauly, der heute nicht mehr dem Hause angehört und der damals hier der Sprecher der großdeutschen Volkspartei war, hat erklärt, so sehr man auch bedauern müsse, daß schließlich dieses Länderbankgesetz und Anglobankgesetz angenommen wird, eine Freude könne man doch haben — er meinte, daß den Judenbanken, wie er sich ausdrückte, das Siegeslächeln weniger zu Gesicht stehen wird, wenn sie dieses Gesetz über die Bankenkommision

lesen werden. Nach diesem Gesetze sollte es die Aufgabe der Kommission sein, den Geschäftsbetrieb der Bankenunternehmungen zu beobachten, das Wirken dieser Unternehmungen vom Standpunkte der Bedürfnisse der Volkswirtschaft zu überprüfen, über die gemachten Beobachtungen mindestens alle drei Monate zu berichten und Vorschläge zu unterbreiten, die geeignet erscheinen, die Wahrung der an das Bankwesen geknüpften Interessen der Allgemeinheit zu sichern. Wir müssen sagen, die Bankkommission, die damals eingesetzt worden ist, hat das ehrliche Bestreben gehabt, den Aufgaben gerecht zu werden, die ihr in diesem Gesetze gestellt worden sind. Sie hat sich sehr bemüht. Sie hat sich bemüht, zu kontrollieren, sie hat sich bemüht, zu berichten, sie hat sich bemüht, Vorschläge zu machen für vernünftige Gesetze zur Regelung des Bankwesens, Vorschläge zu machen für vernünftige Eingriffe der Finanzverwaltung des Staates in das Bankwesen kraft des Aufsichtsrechtes, das der Finanzverwaltung zusteht. Aber ebenso sehr wie diese Kommission sich bemüht hat, ebenso sehr hat umgekehrt die Regierung sich bemüht, alles zu sabotieren, was diese Kommission vorgeschlagen hat. (Beifall und Händeklatschen.) Und die Geschichte dieser fünf Jahre Bankkommission, die Geschichte dieser fünf Jahre Kontrolle der Banktätigkeit, das ist auch zugleich die Geschichte der Bankkonzessionen, die eine um die andere vom Finanzministerium ausgegeben worden sind, das ist die Geschichte der Errichtung von Banken einer nach der anderen in der Zeit, in der man die Börsenhäufse als das große Kennzeichen der Sanierung angesehen hat, und die Geschichte dieser fünf Jahre, das ist zugleich auch die Geschichte des Zusammenbruchs all dieser mit Bewilligung der christlichsozialen Regierung gegründeten Banken, die Geschichte dieser fünf Jahre, das ist die Geschichte zerstörter Vermögen von kleinen und großen Einlegern, das ist die Geschichte der Zerstörung großer Teile des Volksvermögens durch gewissenlose Bankspekulanten, denen die christlichsozial-großdeutsche Regierung ihr Handwerk ermöglicht und erleichtert hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Banken sind Einrichtungen, die in ihrer heutigen Gestalt aus der kapitalistischen Entwicklung hervorgegangen sind. Sie mögen einem sympathisch oder unsympathisch erscheinen, sie mögen von Juden oder Christen regiert sein, sie sind Einrichtungen in der heutigen Gesellschaft. Eines ist klar, ihr Betrieb erfordert große Kenntnisse, und ein zweites ist klar, ein Bankgeschäft zu treiben, Einlagen entgegenzunehmen, die Gelder anderer Leute zu verwalten, mit fremden Geldern umzugehen, das legt eine ungeheuerliche Verantwortlichkeit auf, und daher hat der Staat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, über das Bankwesen eine sehr sorgsame Kontrolle zu üben, da es zum guten Teil darin besteht, daß hier Leute über fremde Gelder — und zwar über einen sehr beträchtlichen Teil des ganzen Volksvermögens — zu verfügen haben. Was ist in den letzten fünf Jahren geschehen? Daß wir im Jahre 1921 etwa einen Mangel an Banken in Wien gehabt haben, wird niemand behaupten können. Es waren ihrer schon vor dem Kriege genug und nach den Verhältnissen der Nachkriegszeit sind es gewiß genug gewesen. Aber

in der christlichsozialen und in der großdeutschen Partei hat sich ein mächtiger Bereicherungsdrang

in jener Zeit der Inflation geltend gemacht. Ich will hier nicht untersuchen, inwieweit es ein Bereicherungsdrang einzelner Menschen war und

inwieweit ein Drang der politischen Parteien selber, auf dem Weg über eine Bank zu Geld zu kommen. Jedenfalls hat ein Gründungs-
fieber die bürgerlichen Parteien in Österreich ergriffen und die
mangelnde Kenntnis der volkswirtschaftlichen Dinge ist durch den poli-
tischen Einfluß ersetzt worden. Und so, meine Herren, sehen wir
plötzlich — etwa seit dem Jahre 1920 — eine ganze Reihe von
kleinen und großen Politikern der bürgerlichen Par-
teien auf einmal in aller Art von Geschäften auftreten.
Es sind nicht immer Leute gewesen, die berufsmäßig Geschäfte zu treiben
gewohnt waren und sozusagen als Bankleute oder Unternehmer auf-
gewachsen sind. Ich werde keinem Unternehmer, der dann zufällig ein
christlichsozialer oder großdeutscher Abgeordneter wird, daraus einen per-
sönlichen Vorwurf machen, daß er ein Unternehmer ist. Wenn aber zum
Beispiel ein Pfarrer aus irgendeinem oststeirischen Dorf (Steierkeit)
auf einmal mit Flugzeugen, mit Wäsche, mit Schuhen, mit
Milch, mit Holz (Hört! Hört!), mit, ich weiß nicht, was allem zu
handeln anfängt (Zwischenrufe) und sich für all dieses Handeln aller
möglichen Rechtsformen bedient, die nach den österreichischen Gesetzen
möglich sind, dann ist das eine auffällige Erscheinung. Es ist ebenso auf-
fällig, wenn dann plötzlich ein Universitätsprofessor als Gründer von
Banken auftritt, wenn irgendwelche öffentliche Beamte, die Politiker ge-
worden sind, dann auf einmal als Präsidenten von Handelsgesellschaften
und Schiffahrtsgesellschaften, von Versicherungsgesellschaften und Bank-
instituten auftreten, mit einem Wort, wenn eine solche Verfilzung von
Politik und Geschäft eintritt, daß man sich dabei überhaupt nicht mehr
zurechtgefunden hat. Eine besondere Legitimation, sich im Wirtschaftsleben
zu betätigen, haben diese Herren nicht mitgebracht. Immerhin, wenn es
ihre eigene Angelegenheit gewesen wäre, geht es niemand etwas an. Aber
die Herren waren ja nicht nur Geschäftsleute, sondern sie waren Politiker
und sie haben ihren politischen Einfluß geltend gemacht, um fremde Kapi-
talien für ihre Geschäfte zu bekommen. Und sie haben das politische Ver-
trauen, das ihnen ein Teil der Bevölkerung entgegengebracht hat, für
die Geschäfte mißbraucht, die sie als Politiker angefangen haben.

Sehen wir zu, wohin man mit diesem System gekommen ist! Meine
Herren! Man mußte das Ganze natürlich populär machen, denn wie
hätte die Bevölkerung das verstehen sollen, daß sich auf einmal Pfarrer
und Universitätsprofessoren und Staatsbeamte, die zufällig Abgeordnete
geworden sind, als Bankiers und in allen möglichen Aktiengesellschaften
betätigen? Das mußte doch der Bevölkerung plausibel gemacht werden,
und da hat man natürlich ein hübsches Schlagwort gefunden, das sich
bei den Herren immer einstellt, wenn ihnen sonst nichts einfällt: Man hat
das Ganze sozusagen als einen

antifemitisches Kreuzzug gegen das jüdische Kapital

dargestellt (Steierkeit), der da begonnen worden ist. Meine Herren! Ich
muß allerdings — und ich kenne die Geschichte der christlichsozialen Partei
besser als der Herr Finanzminister die Geschichte der Zentralbank der
deutschen Sparkassen (Steierkeit und Beifall) — nach meiner Kenntnis
der christlichsozialen Partei sagen, daß man sich dort den Kampf gegen
das jüdische Kapital und gegen die Börse früher einmal anders vorgestellt
hat, als ihn etwa der Herr Pfarrer Gimpl geführt hat. (Steier-
keit.) Man hat früher wohl an etwas anderes gedacht, nicht daran. (Zwi-
schenrufe Gimpls. — Gegenrufe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Dr. Danneberg: Meine Herren, ich glaube, es ist nicht notwendig, sich über die Geschäfte des Herrn Pfarrers Gimpl heute aufzuregen (Seiterkeit), wir werden heute noch über viel interessantere Geschäfte reden, als die es sind, die der Herr Pfarrer Gimpl gemacht hat. (Zwischenrufe.) Ich habe, meine Herren, den Pfarrer Gimpl nicht deshalb erwähnt, weil etwa seine Geschäfte die wichtigsten sind, die von einem christlichsozialen Politiker gemacht worden sind, ich habe dessen nur Erwähnung getan, weil sie einigermaßen wegen des ursprünglichen Berufes dieses Geschäftsträgers mit der Auffassung kontrastieren... (Zwischenrufe. — Dr. Gimpl: Sie haben vor Ihrer eigenen Tür genug zu kehren! Sie brauchen nicht auf andere Leute loszugehen) ... ich habe das eben deshalb gesagt, weil der Beruf des Herrn Pfarrers Gimpl zu dem Vergleich herausgefordert hat, und nicht nur wegen der Geschäfte. Er kann sich darauf berufen, daß andere seinesgleichen auch solche und ähnliche Geschäfte gemacht haben. Aber das alles kontrastiert gegenüber der Meinung sehr stark, die man früher einmal zum Beispiel in den bischöflichen Kreisen über die Frage der Geschäfte gehabt hat. Ich entsinne mich noch jenes

Sirtenbriefes der österreichischen Bischöfe,

in dem sie gesagt haben: „Der Kapitalismus ist ein Irrweg und ein Verderben im Wirtschaftsleben der Völker.“ Das Bank- und Kreditwesen heißt es in diesem Sirtenbrief, mit dem Börsenspiel ist ein Giftbaum geworden. (Rufe: Hört! Hört!) Es dient den Finanzmächten, die Völker zu bewuchern und auszurauben, dem Fleiße fast alle seine Ersparnisse wegzustehlen.“

Meine Herren! Wenn man den Worten dieser Bischöfe in der christlichsozialen Partei Glauben geschenkt und dort nach diesem Sirtenbrief gehandelt hätte, dann hätte die Forderung der Partei sein müssen: Fort mit den Wucherern, fort mit den kapitalistischen Räubern, fort mit den kapitalistischen Dieben! Aber weit gefehlt; die Maxime der Herren ist eine andere geworden. Wenn ich mich der Terminologie der Bischöfe bedienen darf, so haben sie gesagt: Wir wollen nun selbst anfangen zu wuchern, zu rauben und zu stehlen. Kapitalisten zu sein. Sie haben sich also diesen neuen Weg zurechtgelegt, der sehr kontrastiert zu dem praktischen christlichen Sozialismus, wie ihn etwa der Freiherr von Voglsang und seine Leute in den siebziger und achtziger Jahren betätigt haben.

Und die andere Partei der heutigen Mehrheit, die Großen? Bei denen ist es ganz ähnlich gegangen. In einer verfeinerten Sprache, nicht so derb ausgedrückt, wie die Bischöfe das tun, haben sie in ihrem Parteiprogramm auf Seite 27 gesagt: Die Banken haben die Ersparnisse des Volkes nicht zum Segen, sondern zum Schaden des Volkes verwaltet, und eine von den Banken bezahlte Presse sorgt dafür, daß das Volk hierüber im unklaren gehalten wird — gerade für die letzten Tage scheint das ausgezeichnet zu stimmen. (Seiterkeit. — Lebhaftige Zustimmung und Händeklatschen.)

In diesem großdeutschen Programm steht nun eine Menge von Vorschlägen, wie die Banken zu bekämpfen sind. Ich will hier nur den ersten anführen. Da steht hier als erster Vorschlag, daß den Banken das Einlagengeschäft zu entziehen ist. Die großdeutsche Volkspartei scheint aber sehr wenig Vertrauen zu der Mäßigkeit der Durch-

führung ihres Programms gehabt zu haben und so hat sie sich einen anderen Standpunkt zurechtgelegt, nämlich selbst Einlagen entgegenzunehmen, damit es nicht nur die Banken tun. (Weiterkeit.)

Und so haben also alle angefangen, von dem Giftbaum zu n a s c h e n, vor dem die Bischöfe so eindringlich gewarnt haben. So sehen wir eine lange Kette von Gründungen. Ich will Sie nicht ermüden und alle diese Banken und Aktiengesellschaften aufzählen, die von großdeutscher oder christlichsozialer Seite oder von einer Koalition der beiden Parteien — die gibt es nämlich nicht nur hier im Parlament, sondern auch bei den Gründungen draußen — errichtet worden sind. Es ist auch nicht der Mühe wert, alle diese Namen zu nennen, denn es sind in der Regel heute nicht mehr Namen von aufrechten Geschäften.

Die Firmatafeln dieser Geschäfte sind schon lauter Inschriften auf Leichensteinen der Volkswirtschaft

geworden, die in diesen letzten fünf Jahren gesetzt werden mußten.

Meine Herren! Es ist ganz unweigerlich, wenn man die Entwicklung des Bankwesens der letzten fünf Jahre betrachtet, daß man förmlich in eine Verbrechersphäre hineinkommt, und in Verbrecherkreisen ist es üblich, die Aufmerksamkeit von sich abzulenken, indem man schreit: Haltet den Dieb! Das ist die Methode, die auch heute geübt wird. Wenn man sich die Zeitungen der Regierungsparteien anschaut, müßte man rein glauben, daß an den Schwierigkeiten der Zentralbank der deutschen Sparkassen und an allen Schwierigkeiten, in die die Institute der christlichsozialen und großdeutschen Partei geraten sind, die Sozialdemokraten schuld seien. Man liest sogar ganz phantastische Ideen, daß hier eine Verschwörung von jüdischen Großbanken, Sozialdemokraten und Freimaurern und ich weiß nicht von wem noch stattgefunden hat, um einen Feldzug gegen die arischen Geschäfte zu führen, die die Herren gegründet haben. Ich kann nur sagen, wer so etwas in einer Zeitung schreibt, ist ein armer Narr, der auf den Steinhof gehört, oder er ist ein bewußter Lügner und Schwindler. Wir Sozialdemokraten haben mit all dem nichts zu tun. Wenn es auf uns angekommen wäre, dann wären alle diese Unternehmungen nicht in Schwierigkeiten gekommen, weil wir es nämlich niemals zugelassen hätten, daß solche Schwindelunternehmungen gegründet werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Das ist unsere Stellung zu der Sache.

Und nun schauen wir uns doch einmal an, was aus allen diesen Unternehmungen geworden ist, die unter der Patronanz der Seipel-Regierung und später entstanden sind, schauen wir uns

diesen antisemitischen Kampf gegen das jüdische Großkapital in dieser neuen Gründerperiode in der Praxis

an. Das ist wegen der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen einigermaßen schwierig und ich habe mir, um das hohe Haus nicht allzu lange aufzuhalten, die Dinge so zurechtgelegt, daß ich versuche, in diese Gründungen wenigstens nachträglich ein System hineinzubringen (Weiterkeit) und für die verschiedenen Gruppen dieses Systems nur ein paar Beispiele anführen will. Ich muß also von vornherein sagen, daß meine Geschichte auch nicht vollständig ist — die des Herrn Finanzministers war ganz unvollständig. (Weiterkeit.) Die meine wird schon vollständiger sein, aber er-

schöpfend ist sie auch nicht, sonst würde meine Darstellung zu lange dauern. Ich will also möglichst die Ausführungen des Herrn Finanzministers in wichtigen Punkten ergänzen.

Wenn man rückschauend das alles betrachtet, was die Herren in diesen fünf Jahren angestellt haben, kommt man schon darauf, daß ein gewisses System bestand, wie dieser antisemitische Kreuzzug gegen das jüdische Kapital geführt werden sollte. Da war zunächst

die Methode Nummer eins.

Das war eine noch sehr primitive Methode, da hat man nämlich noch
mit den Juden offenkundige Kompagniegeschäfte

gemacht. (Seiterkeit.) Offenbar waren das Leute, die es lernen wollten, wie man das jüdische Kapital bekämpft. Sie sind also mit den Juden in Kompagnie gegangen. (Seiterkeit.)

Daß man daraufgekommen ist, daß das gerade die größten Massen-antisemiten waren, wie zum Beispiel der Herr Gattermayer, ist ein besonderes Pech. Aber schließlich, vom Börseerat Strasser führte ja nicht der Weg direkt zu den Herren Gattermayer und Ertl hin, sondern auf dem Umweg über die Christlichsozialen, die ja immer bessere Beziehungen zu den jüdischen Bankiers gehabt haben als die Großdeutschen. Bitte, Ehre, wem Ehre gebührt! (Seiterkeit und lebhafter Beifall.) So hat man also zunächst diesen Versuch gemacht. Das war Nummer eins. Wenn ich ein Beispiel anführen soll — ich will nicht langweilig werden —, so nenne ich die Deutsch-österreichisch-ungarische volkswirtschaftliche Bank, ein sehr langer Titel. Nun, es ist ja gleichgültig, das ganze existiert nicht mehr. Das war die eine Methode.

Die Methode Nummer zwei

bestand darin, daß man

draußen ein ganz arisches Aushängeschild

gehabt hat, drinnen, allerdings erst

im letzten Zimmer, war dann ein jüdischer Direktor (Seiterkeit),

der dieses arische Geschäft geleitet hat. Wenn ich ein Musterbeispiel für so eine Bank anführen soll, dann erlaube ich mir, die Herren an die selbig entschlafene Merkantilbank zu erinnern. Diese war nach außen hin eine sehr arische Bank, es ist sogar ein Zisterzienserabt im Verwaltungsrat dieser Bank gewesen. Der Direktor dieser Bank war allerdings ein im Jahre 1920 aus Wien abgeschaffter Ostjude, namens Leiser Taubes, den die Herren aus Wien nicht weggelassen haben, damit er für die Zisterzienser das Bankgeschäft führen kann. (Seiterkeit.) Es hat dies auch nichts genützt, die Bank existiert auch nicht mehr. Wir reden ja überhaupt von der Vergangenheit.

Dann finden wir in dem Kampfe gegen das jüdische Großkapital wieder eine andere Methode,

die Methode Nummer drei.

Die geht schon etwas weiter.

Da ist ein arisches Aushängeschild vorn,

drinnen lauter Arier als Angestellte, sogar ein arischer Bankdirektor, aber ein Sakel hat auch dieses System. Das ganze Geld, das in diese arische Bank hineinkommt — ich erinnere mich, wie in der „Deutschösterreichischen Tageszeitung“ der Herr Dr. Nihl vor ein paar Jahren stolz geschrieben hat, daß man nur infolge des Pflichtbewußtseins der Arier, ihre Gelder nicht zu den Juden hineinzutragen, solche arische Banken gründen konnte —,

das ganze Geld wird dann einem Juden zum Spekulieren gegeben.

Das ist die Methode Nummer drei. Das war zum Beispiel eine Methode, deren sich sogar das Land Niederösterreich bedient hat. Ich erinnere an den bekannten Vertrag, den die Landeshypothekenanstalt mit einem großen Schieber abgeschlossen hat und der eine solche Entrüstung erweckt hat, daß er dann storniert werden mußte.

Ich erinnere dann an ein zweites Beispiel, welches wir vielleicht das klassische Beispiel für diesen Typus nennen können, das ist die jelig entschlafene Deutsche Bodenbank, die eine gemeinsame Gründung der Christlichsozialen und der Großdeutschen war und bei der sich die Parteien förmlich als ganzes in die Auslage der Bank gestellt haben, um die Arier anzulocken. Der Herr Dr. Gustav Groß, der Präsident des alten österreichischen Parlaments, einer der Führer der Deutschnationalen im alten Österreich, war der Präsident dieser Bank, der Herr Minister Schürff der Vizepräsident, christlichsoziale Wiener Bürgermeister und Vizebürgermeister waren im Verwaltungsrat, ein christlichsozialer Wiener Gemeinderat als Direktor dieser Bank — mit einem Wort: was gut und teuer ist in der Christlichsozialen und in der großdeutschen Partei (lebhafteste Heiterkeit und Beifall) hat sich dort hingestellt und gerufen: Hereinspaziert, meine Herrschaften! Arier tragen ihr Geld nur zu uns!

Meine Herren, wenn wir uns dann aber anschauen wollen, was mit diesem Gelde geschehen ist, das in diese Bank dort eingebracht wurde, dann gibt uns der „Compaß“ und das Handelsregister einige Auskunft, denn in dem „Compaß“ ist die unangenehme Tatsache enthalten, daß bei jeder Bank dabei steht, was für Konzernunternehmungen sie hat, das heißt, welchen Unternehmungen die Bank ihr Geld gibt. Und da lese ich so von ungefähr zum Beispiel bei der Deutschen Bodenbank angeführt, daß sie eine Aktiengesellschaft „Texta“ gegründet hat. Das hat mich nun sehr interessiert, ich habe festgestellt, wer in dem Verwaltungsrat dieser von der Deutschen Bodenbank gegründeten Texta-Aktiengesellschaft ist, und da habe ich nun im Verwaltungsrat — ich bitte meine Herren, das ist kein Irrtum, wie ich von vornherein sage — folgende Namen gefunden — sie klingen zwar nicht arisch, aber immerhin, sie stehen darin —: Jsaak Friedmann aus Kolomea (lebhafteste Heiterkeit), Leiser Rosenmann aus Buczanow (Heiterkeit), David Selzer aus Lemberg, Leo Seemann aus Kalusch, Markus Seidler aus Peczenizyn, und dann kommen noch einige Massenantisemiten in diesem Verwaltungsrat vor — es ist ja eine Institution der Deutschen Bodenbank. Diese Bank hat auch immer inseriert. Ich erinnere mich noch an die Inserate in der „Reichspost“ und in der „Deutschösterreichischen Tageszeitung“:

„Die Deutsche Bodenbank steht auf deutsch-arischer Grundlage.“

Wie diese Grundlage

in Wirklichkeit

ausgeschaut hat, hat man dann gesehen, wie als-

Herr dieser Bank der Herr Sami Bronner

aufgetaucht ist, der das ganze Geld dieser Bank bekommen und verspekuliert hat, so daß diese armen Einleger, die durch die großen Namen der christlichsozialen und großdeutschen Partei angelockt waren, durch die Spekulation des Herrn Sami Bronner um ihr ganzes Vermögen gebracht wurden. Das ist also, meine Herren, die Methode Nummer drei.

Und dann gibt es

noch eine vierte Methode,

das ist die ernsteste, die begonnen worden ist: eine arische Firmatafel, ein arischer Bankdirektor und arische Geschäfte. Man kann nichts sagen. Aber dann geht die Bank pleite und dann kommt auf einmal das jüdische Kapital zum Vorschein,

dann kommen die Herren, die den Kreuzzug gegen das jüdische Kapital gepredigt haben, bittend in die Vorzimmer der Judenbanken

und flehen diese Banken um Hilfe an und der ganze Feldzug, der geführt wurde, dieses Großkapital zu bekämpfen, endet kläglich mit einer Festigung dieses Großkapitals, indem man dieses Großkapital anwinzelt, es möge doch die Herren Politiker,

die Herren antisemitischen Politiker, vor dem Kriminal retten

und ihnen die Mittel zur Verfügung stellen, die pleitegegangenen Banken wieder in Ordnung zu bringen. Meine Herren! diese Methode ist angewendet worden, um ein klassisches Beispiel anzuführen, bei der *Tiroler Agrarbank*, von der ich dann in einem anderen Zusammenhange noch ausführlicher reden muß, weil sie wirklich ein charakteristisches Beispiel der Gründerepoche der letzten Jahre ist.

Wir sehen also verschiedene Methoden, aber ein gemeinsames Kennzeichen für alle: es sind nämlich alle diese Gründungen zugrunde gegangen und das ist sicher kein Zufall, sondern das zeugt nur für

die unerhörte Wirtschaft, die mit den Einlegergeldern in diesen Partebanken geführt worden ist,

sonst wäre es doch nicht möglich, daß sie alle auf der Strecke geblieben wären. Man kann doch nicht glauben, daß das Bankwesen wirklich etwas ist, was nur die Leute verstehen, die in Wien in den Großbanken sitzen. Daß aber diese von den Politikern gegründeten Institute eines nach dem anderen niedergebroschen sind, das ist ein Zeichen für die Verlotterung, die gekommen ist, als man Politik und Geschäft miteinander so verquickt hat, wie es eben die Herren getan haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nun gibt es aber

auch beim Pleitemachen ganz verschiedene Systeme

und man muß auch diese Systeme betrachten. Die ersten Fälle waren die, wo die Regierung, wenn eine solche Bank verfracht ist, es ruhig hat geschehen lassen. Ich erinnere zum Beispiel daran, daß damals, wie die Deutsche Bodenbank verfracht ist, der Finanzminister mit den Achseln gezuckt und gemeint hat: Was geht das mich an, diese Einleger sollen machen, was sie wollen, mich geht das gar nichts an, sie hätten sich besser umschauen sollen, wo sie ihr Geld hintragen, ich tue nichts! So war es bei der Deutschen Bodenbank, so bei der Nordisch-österreichischen Bank, so bei der Kaufmannsbank und bei einer Reihe anderer auch. Das war undankbar, denn diese Banken haben nach Kräften Gelder für den Wahlfonds der beiden Parteien hergegeben. Ich bitte, ich weiß schon, es war nicht so viel, daß sie die Wahlen damit hätten machen können — den größeren Teil haben dann schon andere hergegeben —, aber immerhin haben diese kleinen Institute sich auch bemüht, ihr Teil zur Aufrechterhaltung der christlichsozialen und großdeutschen Politik beizutragen. Man hat sie fallenlassen — hol sie der Teufel.

Dann war ein zweites System, welches darin bestand, daß, wenn eine solche Bank krachengegangen ist, man sich entweder direkt oder auf dem Wege über die Regierung an die Judenbanken gewendet und gesagt hat.

diese Judenbanken sollen nun ihre arischen Konkurrenten retten.

Das ist nicht immer, aber es ist häufig geschehen, und zwar, wie ich diese Judenbanken kenne, nicht aus christlicher Nächstenliebe, die dort auch nicht gut möglich ist (Heiterkeit), sondern gegen klingende Münze. Diese klingende Münze bestand darin, daß diese Banken dann für die Geschäfte, die sie mit den verfrachten Banken abschließen mußten, eine Entschädigung auf anderer Seite bekommen haben, eine Entschädigung von der Regierung. Auf verschiedene Weise konnte man das tun. Wir haben hier genug Vorlagen in den letzten Jahren gesehen, in denen den Banken alle möglichen Steuererlasse gemacht worden sind (Sehr richtig!) und wenn man sich die Mühe nehmen würde, immer die Einbringung einer solchen Vorlage mit den Leistungen dieser Großbanken und Großindustriellen für verfrachte christlichsoziale Gründungen zu vergleichen, so würde man da ganz bestimmt eine Parallele herausfinden, wie diese Dinge immer in Zusammenhang stehen, wie auch hier Politik und Geschäft in einer sehr engen Verbindung sind.

Aber dieses System allein genügt gar nicht, daher hat man noch zu einem dritten System gegriffen, daß nämlich die Regierung nicht nur auf die Großbanken eingewirkt hat, daß sie helfen sollen, sondern daß sie die Institute, auf die sie mehr Einfluß hat, herangezogen hat. Da ist erstens einmal das Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen, von dem 80 Prozent dem Bunde gehören, dann ist die Nationalbank da, auf die die Regierung immerhin einen gewissen Einfluß üben kann, und dann ist die Postsparkasse da. Das ist das System Nummer drei beim Pleitemachen, und, wie die Geschichte dieser Dinge zeigt, ist das System Nummer zwei mit dem System Nummer drei in der Regel verbunden worden: die Großbanken mit dem Kreditinstitut, die Großbanken mit der Nationalbank, die Großbanken mit der Postsparkasse, manchmal, wenn es sehr schwer war, auch alle vier miteinander.

Ein Beispiel, das klassische Beispiel für diesen Fall, das doch ausführlich erzählt werden muß, weil es sehr interessante Zusammenhänge offenbart, ist

das Beispiel der Agrarbank.

Die Agrarbank gehörte zu den bedeutendsten Gründungen, die die christlichsoziale Partei in den letzten Jahren gemacht hat. Kein Geringerer als der Herr Vizekanzler Fink ist der Präsident dieser Bank. In der Verwaltung dieser Bank sitzt oder saß wenigstens der Herr Landes-hauptmann Ender von Vorarlberg, der hervorragende christlichsoziale Führer Lachner aus Salzburg; im Direktionsrat dieser Bank saß sogar der Herr Bundeskanzler Dr. Kamek noch wenige Wochen, bevor er Bundeskanzler geworden ist, im Verwaltungsrat dieser Bank saß der Landesrat Steidle in Innsbruck — mit einem Wort die hervorragendsten Männer der christlichsozialen Partei, angefangen von Salzburg bis nach Vorarlberg, haben sich hier zusammengetan, die Agrarbank zu führen als die Konzentration der

Spargelder der Bauern aus Salzburg, Tirol und Vorarlberg.

Was hat diese Bank nun mit den Geldern getan? Hat sie diese Gelder, die sie von den Bauern bekommen hat, vielleicht landwirtschaftlichen Zwecken zugeführt? Das ist ihr gar nicht eingefallen, sondern sie hat diese Gelder

dem Bankhaus Bonwiller zur Spekulation gegeben.

Dieses Bankhaus ist pleitegegangen, als Liquidator ist der Herr Rumwald aufgetreten, den wir aus anderen Zusammenhängen sehr gut kennen (Heiterkeit), und die Agrarbank stand nun ohne Mittel da und die Tiroler und Salzburger und Vorarlberger Bauern, die ihren politischen Führern ihre Ersparnisse in die Hand gegeben hatten, konnten nun kommen und ihr Geld verlangen. In der Not frißt der Teufel Fliegen, sagt man, und

in der Not wanderten also die antisemitischen Vorkämpfer der Tiroler Bank in die Vorzimmer der Judenbanken nach Wien.

Und dort hat sich nun im Juli des Jahres 1924 ein interessantes Ereignis abgespielt. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, daß die Wiener Banken und der Hauptverband der Industrie am Schwarzenbergplatz (Hört! Hört!) miteinander einen Betrag von

10 Milliarden Kronen auf Rimmerwiedersehen

zur Sanierung der Agrarbank hergeben sollen. (Hört! Hört!) Die Herren jammern sonst immer darüber, daß man ihnen soviel Steuern auferlegt (Dr. Bauer: Das sind die sozialen Lasten! — Ruf: Die christlichsozialen Lasten! — Heiterkeit), und nun sieht man eben, daß die Rechnung, die die Herren immer aufstellen, wenn sie von den sozialen Lasten reden, offenbar nicht alle Posten enthält, die da angeführt werden müßten, denn die Sanierungskosten der Agrarbank habe ich wenigstens noch nirgends mitgerechnet gesehen. Die Herren haben allerdings das Geld nicht bar hergegeben, sondern sie haben gesagt, wir zahlen 10 Milliarden unter einer Bedingung: daß uns die Postsparkasse das Geld dazu borgt! Und die Postsparkasse hat das getan (Hört! Hört!), sie hat 5 Milliarden für diesen Zweck

den Großbanken in Wien geborgt, und zwar gegen 5 Prozent Zinsen (Hört! Hört!), was im Juli 1924 ein ganz lächerlicher Betrag gewesen ist — aber was tut man nicht alles, um die großen Führer der christlich-sozialen Partei von Salzburg, Tirol und Vorarlberg zu retten! Es hat sich schon einige Monate später herausgestellt, daß diese 10 Milliarden nicht ausreichen, um den Krach der Agrarbank zu vermeiden. Daher hat man im Dezember des Jahres 1924 eine zweite Aktion unternommen, um der Agrarbank zu helfen, und zwar sollten bei dieser zweiten Aktion

neuerdings 17 Milliarden

aufgebracht werden, um die Verluste der Agrarbank zu decken. Da haben die Banken erklärt, sie tun nicht mehr mit, und daher hat man sich nun an die Postsparkasse (Hört! Hört!) gewendet, daß sie das Geld hergeben soll. Man hat sich auch an das Dorotheum gewendet. Das Dorotheum hat aber zum Unterschied von den anderen Instituten eine anständige Verwaltung, es ist eine Anstalt, die keine solchen politischen Schandgeschäfte macht, es sitzen auch Vertreter der Gemeinde Wien im Kuratorium des Dorotheums und diese haben dagegen Einspruch erhoben, daß das Dorotheum solche faule Geschäfte macht. Daher mußte das Dorotheum ausgeschaltet werden und an seine Stelle ist halt dann der Bund selber durch das Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen getreten (Hört! Hört!), das sich an Stelle des Dorotheums an der Aufbringung dieser 17 Milliarden beteiligt hat. Wie diese 17 Milliarden beisammen waren — also erst 10, dann noch 7 — hat sich herausgestellt, daß

das Loch noch immer nicht zugestopft

ist. Daher hat man nun eine dritte Aktion unternommen und hat hier wieder die Großbanken eingespannt. Die haben damals erklärt: 3 Milliarden lassen wir uns das noch kosten, unsere Vertreter im Parlament zu retten (Heiterkeit), aber wir tun es auch nur unter einer Bedingung: wenn auch die Nationalbank 3 Milliarden hergibt. Und das ist auch geschehen. (Lebhafte Hört!-Hört!-Rufe.) So sind im ganzen innerhalb eines Jahres ungefähr 34 Milliarden für diese verkrachte Agrarbank in Wien aufgebracht worden, weil die Spareinlagen der Salzburger, der Tiroler und der Vorarlberger Bauern in der Frankenspekulation des Hauses Bonwiller vergeudet und verlüdert worden sind.

Nun, meine Herren, wie steht es also am Ende dieser ganzen Sache? Da ergibt sich also jetzt folgende Gliederung — und das ist politisch wirklich sehr interessant. An der Aufbringung dieser Mittel zur Flottmachung der Agrarbank waren also im ganzen beteiligt: die Wiener Großbanken mit 9 $\frac{1}{2}$ Milliarden Kronen, der Industriellenverband vom Schwarzenbergplatz — die Zusammenhänge sind dunkel und doch eigentlich sehr hell und klar — mit 3 $\frac{1}{2}$ Milliarden (Hört!), die Postsparkasse mit 9 $\frac{1}{2}$ Milliarden (Hört! Hört!), das Kreditinstitut des Bundes mit 7 $\frac{1}{2}$ Milliarden (Hört! Hört!) und die Nationalbank mit 3 Milliarden. (Hört! Hört!)

Damit hat es aber noch lange nicht sein Bewenden gehabt, denn wir erinnern uns ja, wie in den letzten Monaten in Tirol, nachdem die Agrarbank durch diese jüdische Medizin von ihrer Krankheit genesen war (Heiter-

keit), in Tirol eine andere Bank pleitegegangen ist — es ist die, deren Präsident der Herr Abgeordnete Schumacher war, nämlich

die Tiroler Vereinsbank.

In Tirol ist begreiflicherweise ein großer Entrüstungsturm der Einleger gewesen, die man um ihr Geld gebracht hat. Es waren, wenn ich mich recht erinnere, diesmal nicht Franken-, sondern Virespekulationen, die das Unheil über die Tiroler Vereinsbank brachten. Die Sache hat zum Schluß damit geendet, daß die genesene Agrarbank die Vereinsbank in ihren Schoß aufgenommen hat. Aber der Schoß war natürlich noch nicht tragfähig. (Seiterkeit.) Die Agrarbank, die selbst erst mit den 34 Milliarden der Wiener Industriellen, der Großbanken und der Postsparkasse aufgepöppelt worden war, konnte natürlich einen so harten Bissen wie diese Tiroler Vereinsbank nicht vertragen. Was ist geschehen? Ein sehr einfaches Mittel, meine Herren: Steuer im Frühjahr hat die Tiroler Agrarbank neue Aktien ausgegeben. Es hat sich aber natürlich kein vernünftiger Mensch gefunden, der diese Aktien gekauft hätte, und doch sind sie bis auf die letzte glatt an den Mann gebracht worden — man hat in der Öffentlichkeit nicht einmal etwas davon erfahren.

Es haben nämlich die Wiener Judenbanken diese 4 Milliarden ausgegeben,

um die neuen Aktien der Tiroler Agrarbank auch noch zu kaufen.

Und so haben die braven Tiroler Bauern jetzt das tröstliche Bewußtsein, daß, wenn sie ihre Spargelder ihren christlichsozialen Führern anvertrauen, die Wiener Judenbanken daran beteiligt sind.

(Dr. Deutsch: Die Juden lassen sich ihre Antisemiten etwas kosten! — Seiterkeit.) Es ist ganz richtig, daß sie sich etwas kosten lassen. Das ist auch begreiflich; diese jüdischen Banken in Wien, dieser Industriellenverband auf dem Schwarzenbergplatz, wen anders soll er finanzieren als die christlichsoziale Partei? Sie ist ja die legitime Vertreterin seiner Interessen hier. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.) Mich wundert das gar nicht;

denn dieser Gegensatz von Jud und Christ, das ist kein Gegensatz, der eine Rolle spielt, wenn es sich um die Verteidigung des Geldsacks handelt. Das ist ein Gegensatz, den die Herren Unternehmer nur den Arbeitern und Angestellten einreden möchten, um sie zu spalten.

Sie sind untereinander ganz einig. Wir sehen es ja hier in der Praxis: Wer ist der größte Feind der Arbeitslosenunterstützung? Wer führt hier in Wirklichkeit die Sache der Industriellen? Die Vertreter der Tiroler Bauern sind die hartnäckigsten Feinde der Arbeitslosenunterstützung, sie sind die Leute, die in der brutalsten und unverhülltesten Form hier Unternehmerinteressen vertreten. Selbstverständlich, das können sich die Herren Unternehmer und die Herren Bankiers auch etwas kosten lassen, wenn sie hier so bewährte und so hartnäckige Vertreter ihrer Interessen haben. Daher ist dieses Beispiel der Agrarbank, das ich etwas ausführlicher besprochen habe, sehr interessant, weil es einen Blick hinter die Kulissen der bürgerlichen Politik werfen läßt und einen Einblick in das gewandelte Wesen der bürgerlichen Parteien von heute gibt.

Das alles aber erscheint noch begreiflich. Die Banken unterstützen ihre eigentlichen Vorkämpfer, die Vorkämpfer ihre Interessen. Was soll man aber dazu sagen, wenn von der Regierung als Retter verfrachter christlichsozialer Banken nicht nur diese Privatbanken aufgerufen werden, die ja in dieser Hinsicht nicht der Kontrolle des Parlaments unterstehen, sondern wenn zu diesem Zwecke Institute aufgerufen werden, wie das Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen, Institute wie die Nationalbank oder gar die Postsparkasse? Meine Herren! Die Nationalbank verdient sehr viel Geld; das wissen wir, das haben wir aus ihren Ausweisen gesehen. Sie hat daher viel Geld zur Verfügung. Daß sie aber dieses Geld zur Stützung fauler Geschäfte ausgibt, das ist deswegen noch lange nicht gerechtfertigt. Was die Folge davon ist, das sehen wir ja. Der Herr Präsident Reich der Nationalbank hat am Donnerstag oder Freitag in den Zeitungen ein Communiqué veröffentlicht, in welchem er sich über die Schwierigkeiten der Zentralbank geäußert hat. Er sagte in diesem Communiqué, man hätte in der letzten Generalratsitzung den Zinsfuß ermäßigen können, man hat es nicht getan wegen der unklaren Lage der Zentralbank. Das heißt: weil die Nationalbank offenbar schon gewußt hat, daß sie dann wieder mit Geld werde einspringen müssen, hat sie den Zinsfuß nicht heruntergesetzt, hält sie die ganze Volkswirtschaft durch einen übermäßig hohen Zinsfuß in Tribut, um die Mittel herbeizuschaffen, solche Unternehmungen der christlichsozialen und großdeutschen Partei zu sanieren.

Das ist die Wirtschaftspolitik, die sie in Wirklichkeit machen.

Ein sehr ernstes Wort muß auch über dieses Kreditinstitut geredet werden. Das ist eine Bank, von der 80 Prozent dem Bunde gehören. Es ist an und für sich schon sehr fraglich, ob es nützlich und zweckmäßig ist, daß der Bund eine Bank führt, die ganz allgemeine Bankgeschäfte macht wie irgendeine andere.

Diese Bank ist vollständig unkontrolliert, niemand hier im Hause weiß, was diese Bank eigentlich treibt, obwohl sie ein Unternehmen des Bundes ist. Schauen Sie die Dinge bei der Gemeinde Wien an! Hier führt eine Partei die Verwaltung und hat die Mehrheit, aber in der Zentralsparkasse der Stadt Wien sitzen mit Proporz in der Verwaltung die Vertreter der Minderheit genau so wie der Mehrheit und haben einen vollen Einblick in die Dinge. Das gibt dieser Sparkasse auch das große Vertrauen, das sie überall genießt. Gegen ein Institut aber, das man mit dem Schleier des Geheimnisses umgibt, waltet von vornherein Mißtrauen, und ich muß sagen, gegen die Gebarung des Kreditinstituts habe ich um so mehr Mißtrauen, als dieses Institut merkwürdigerweise von aktiven Bundesbeamten verwaltet wird. Ja, kann man sich denn vorstellen, daß das noch eine ernstbaste Bank sein kann, die nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ihre Geschäfte beurteilen darf, sondern in deren Verwaltungsrat Leute sitzen, die als Beamte vom Minister einfach ein Kommando bekommen, der ihnen befiehlt, was sie mit dieser Bank anfangen sollen, welche Geschäfte sie machen sollen und welche sie nicht machen dürfen? Das ist eine Unmöglichkeit, ein solcher Zustand kann nur zu Mißbräuchen allerartiger Art führen. Wenn sie Remedur schaffen wollen, dann wird auch dieses Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen einer gründlichen Umwandlung unterzogen werden müssen.

Das Erschreckendste aber an all diesen Dingen ist noch nicht das Verhalten der Nationalbank, die schließlich, wenn man will, auch eine private Bank ist, das ist auch nicht dieses Kreditinstitut, weil es ein verhältnismäßig kleines Unternehmen ist, sondern das Erschreckendste aus den letzten Jahren ist das Verhalten der Postsparkasse. (So ist es!) Die Postsparkasse ist ein ungeheures Institut, das natürlich auch sehr reich ist, das große Gewinne macht, die in der Bilanz, die man uns im Rechnungshofbericht serviert hat, gewiß nicht richtig ausgewiesen sind. Die Postsparkasse verfügt also über ungeheure Mittel. Aber auch das gibt ihr nicht einen Freibrief dafür, daß

die Gelder der Postsparkasse sozusagen als ein christlichsozialer Parteifonds betrachtet werden können (Sehr richtig!), mit dem man anfangen kann, was man will, weil die Postsparkasse alles aushält und alle Beiträge, die sie da hergibt, für ihr großes Geschäft gar keine Rolle spielen. Das bleibt trotzdem ein Mißbrauch aller schlimmster Art, für den es gar keinen Entschuldigungsgrund gibt. Die Herren, die die Verantwortung für die Postsparkasse tragen, haben sich, wenn man sie zur Rechenschaft ziehen wollte, immer die bequeme Ausrede zurechtgelegt, sie seien dem Parlament gar keine Rechenschaft schuldig, die Postsparkasse sei ein Institut, das eigentlich noch nicht liquidiert ist, das noch immer aus dem alten Österreich her besteht, die neue deutschösterreichische Postsparkasse sei eigentlich noch gar nicht gegründet, das Parlament habe sich also nicht darum zu kümmern, was in der Postsparkasse geschieht. Ich will mich auf die Rechtsfragen gar nicht weiter einlassen, aber eines ist klar, daß ein solches Institut, das mit der Autorität des ganzen Staates auftritt, doch nicht ohne Kontrolle des Parlaments bleiben kann. Daher haben wir wiederholt verlangt, daß die Postsparkasse dem Parlament Rechenschaft über die Geschäfte ablege, die sie macht. Das zu erfahren, hat das Parlament ein Recht; nicht vielleicht weil wir glauben, daß die Postsparkasse irgendwie gefährdet ist, davon ist gar keine Rede, aber es muß ein staatliches Institut gar nicht gefährdet sein, ein staatliches Institut darf seine überrücklichen Gelder für keinerlei Parteizwecke verflatschen.)

Wir haben also Rechenschaft verlangt. Die Herren haben erst nicht Rede und Antwort stehen wollen. Schließlich ist es dazu gekommen, daß sie Rede und Antwort gestanden haben — wirklich gestanden haben. Dieses Wort trifft hier zu. Es waren Geständnisse, die sich sehr schwer von den Lippen dieser Herren abgerungen haben. Aber man hat über das Dunkel dieser christlichsozialen Parteigeschäfte mit der Postsparkasse sehr wichtige Dinge erfahren. Das hat sich alles in einem kleinen Unterausschuß abgespielt, dessen Beratungen damals unnötigerweise für vertraulich erklärt worden sind. Die Regierung hat damals selbst spontan, unter dem Eindruck nur der Aufzählung dieser Geschäfte, zugeben müssen, daß man das doch nicht fortsetzen könne; man werde also dem Nationalrat ein Gesetz vorlegen, das die rechtliche Grundlage für die ganze Gebarung der Postsparkasse bringen werde. Es wurde uns versprochen, daß diese Vorlage zu Ostern, das ist im April 1925, dem Hause vorliegen werde (Hört! Hört!) und daß sie dann in einigen Wochen ohne weiteres erledigt werden könne. Was ist geschehen? Die Vorlage ist zu Ostern nicht eingebracht worden, aber im Juli des Jahres 1925 hat die Regierung allerdings eine solche Vorlage über die Postsparkasse unterbreitet.

Es war freilich eine Vorlage, deren Gesetzwordung gar nichts bedeutet hätte. Sie sollte nämlich nur einen Schein einer Kontrolle, aber keine wirkliche Kontrolle bringen. Es war begreiflich, daß wir uns mit dieser Farce eines Gesetzes nicht zufrieden gegeben haben. Wir haben Verhandlungen darüber verlangt. Die Verhandlungen haben noch im Juli des vergangenen Jahres stattgefunden, man wollte das noch vor den Sommerferien fertig machen.

Da erschienen eines Tages die christlichsozialen Herren dieses Unterausschusses und erklärten mit tiefgründiger Weisheit, es seien jetzt Umstände eingetreten, die es zweckmäßig erscheinen lassen, das Gesetz erst im Herbst zu machen. Aus dem Gesetz wurde also nichts. Im vergangenen Herbst kam im Finanzausschuß das Budget für 1926 zur Beratung. Wieder wurde ein Unterausschuß für die Fragen der Postsparkasse eingesetzt, wieder haben wir dort Rede und Antwort verlangt, wieder haben die Herren dort gestanden, wieder ist die Frage dieses Postsparkassengesetzes aufgeworfen worden, wieder hat man angefangen, dieses Gesetz zu verhandeln und als das Budget in diesem Hause erledigt war, haben die Herren die Verhandlungen über das Postsparkassengesetz wieder sabotiert. Heute schreiben wir abermals Juli und die Herren sind nicht zu bewegen, die Obstruktion gegen das Postsparkassengesetz aufzugeben. Meine Herren! Schon das allein zeigt doch jedem Menschen, was für Schweinereien (Lebhafter Beifall) der christlichsozialen Partei offenbar in den Akten dieser Postsparkasse verborgen werden und wie diese staatliche Geldquelle für die Zwecke der christlichsozialen Partei seit Jahr und Tag mißbraucht wird und daß eben kein Mensch etwas davon erfahren soll.

Aber, meine Herren, schließlich und endlich erfährt man ja diese Dinge doch und es ist wirklich erschreckend, was man dort erfahren kann und welcher Mißbräuche sich die Leitung der Postsparkasse seit Jahr und Tag für rein christlichsoziale Parteizwecke zuschulden kommen läßt.

Meine Herren! Ich habe schon vorhin davon gesprochen, daß von diesen politischen Bankgründungen eine nach der anderen wieder frachengegangen ist. Bei manchen wollte man den Krach aufhalten oder in mildere Formen kleiden. Man wollte ein Unternehmen in ein anderes überführen, ihm einen anderen Namen geben, um es unter dem anderen Namen fortzusetzen. Zu solchen Geschäften hat sich die Postsparkasse mit den staatlichen Geldern hergegeben. Da ist zum Beispiel die berühmte Vereinsbank, die in Wien gegründet worden ist, und die Merkantilbank, von der ich vorhin schon gesprochen habe. Diese zwei Banken hat man zusammengetan und hat sie in eine Verkehrskreditbank umgewandelt und das ganze Defizit, das dort war, hat die Postsparkasse gedeckt. (Hört! Hört!) Sie hat natürlich nicht einfach Geld hergegeben und dann die Gläubiger dieser Bank ausgezahlt, sondern sie hat das auf ihre Weise getan. Man hat nämlich Aktien der Verkehrskreditbank gedruckt und diese Aktien, die ja wertlose Papiere waren — die Merkantilbank und die Vereinsbank sind ja in dieser Verkehrskreditbank aufgegangen —, hat

die Postsparkasse um den kleinen Betrag von 74 Milliarden Kronen gekauft.

(Hört! Hört! — Andauernde Zwischenrufe.)

Präsident **Elders** (welcher während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat, das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe.

Dr. Danneberg: Meine Herren, Sie regen sich über diesen Vorgang auf. Die Postsparkasse ist offenbar der Meinung gewesen, daß sie da ein glänzendes Geschäft macht. Ich weiß nicht, ob die Aktien gegläntzt haben, ob sie auf glänzendem Papier gedruckt sind. Die Postsparkasse war jedenfalls der Meinung, daß es ein glänzendes Geschäft ist. Sie hat nämlich den sechs Personen, die in der Leitung dieser verkrachten Vereinsbank geessen sind, dafür, daß sie die Güte hatten, der Postsparkasse dieses Werkel für die Verkehrskreditbank zu überlassen, noch persönliche Abfertigungen im Betrag von 19 Milliarden ausgezahlt. (Stürmische Zwischenrufe.)

Präsident **Eldersj** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe. (Abgeordneter Dr. Bauer: Wer war damals Finanzminister?)

Dr. Danneberg: Finanzminister war damals Dr. **Kienböck**. (Hört! Hört!) Aber mit dieser Verkehrskreditbank hat es noch ein besonderes Bewenden. Es ist in Österreich das sogenannte Frachtenstundungsgeschäft für die Bahnen eingerichtet worden, eine sehr nützliche Sache, die man uns in Deutschland dann nachgemacht hat. Aber dieses ungeheure Geschäft und dieses außerordentlich wichtige Geschäft mit den Bundesbahnen, das zugleich mit einem Zollstundungsgeschäft verbunden ist, hat man bei dieser Winkelbank monopolisiert, die sich die Postsparkasse da aus verkrachten christlichsozialen Banken mit 74 Milliarden zurechtgezimmert hat. In der Leitung dieser Verkehrsbank sitzen dieselben Leute, die in einem anderen Institut sitzen, das sich die Postsparkasse ebenfalls in den letzten Jahren für ihre dreckigen Geschäfte zurechtgezimmert hat. Die Herren waren natürlich so klug, daß sie so weit gerechnet haben, daß sie doch einmal dem Parlament schließlich Rechenschaft werden legen müssen über das, was sie dort tun, und damit sie bei allen diesen dunklen Geschäften in der Liste der Geschäftsverbindungen der Postsparkasse nicht vorkommen, hat man sich eben solche Dreckgeschäfte eingerichtet, die dann diese dreckigen Geschäfte im übertragenen Wirkungsbereich durchführen.

Da ist also neben der Verkehrskreditbank ein zweites solches Institut, das ist die sogenannte Treuga, in der derselbe Herr **Moriz Schenker** an der Spitze steht, der in der Verkehrsbank an der Spitze ist.

Diese Treuga ist gegründet worden, um alle möglichen verkrachten christlichsozialen Gründungen zu liquidieren.

Da war zum Beispiel die Allgemeine österreichische Kreditbank. An ihrer Spitze stand der Herr Ministerpräsident **Suffarek** aus vergangenen Zeiten. Natürlich muß die Postsparkasse via Treuga herhalten, um dort die Dinge auszugleichen. Da war die Austriabank, an der die steirischen christlichsozialen Genossenschaften gehangen sind. Wo wird sie liquidiert? Natürlich bei der Treuga durch die Postsparkasse. Da ist die Austro-Holländische Bank gewesen, an der Spitze der Herr **Prinz Eduard Liechtenstein**. Wo wird sie liquidiert? Natürlich bei der Treuga durch die Postsparkasse.

Und so, meine Herren, geht es weiter. In dieser Treuga hat die Postsparkasse auch viele Duzende Milliarden drinnen stecken. Ja, meine Herren, ich frage:

Ist das die Aufgabe der Postsparkasse, staatliche Gelder dazu zu verwenden, um verkrachte christlichsoziale Parteiunternehmungen in neue Banken umzuwandeln?

Das ist nicht die Aufgabe der Postsparkasse, und die Herren, die das dort getan haben, gehören in Wirklichkeit nicht in die Leitung der Postsparkasse, sondern hätten sich an einem ganz anderen Orte dafür zu verantworten, wie sie mit staatlichen Geldern umgehen. (Lebhafter Beifall und Zwischenrufe.) Und wenn uns diese Herren dann darauf vielleicht sagen werden, daß sie das nicht aus eigenem Antrieb getan haben, dann mögen ja die Herren damit recht haben, aber

dann gehören eben ihre Auftraggeber auf die Anklagebank.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Denn ein solcher Mißbrauch staatlicher Gelder, wie er hier vorliegt, ist überhaupt in der neueren Geschichte noch niemals vorgekommen.

Aber, meine Herren, wenn man von der Postsparkasse redet, wird man überhaupt nicht fertig. Denn neben diesen beiden großen Unternehmungen, die sich die Postsparkasse zurechtgelegt hat, ist noch eine Reihe anderer „günstiger“ Unternehmungen zu nennen, mit denen die Postsparkasse — sagen wir — in Geschäftsverbindung getreten ist. Da ist zum Beispiel die Allgemeine Industriebank, bei der die Postsparkasse 13 Milliarden hat. (Hört!-Hört!-Rufe.) Zum Teil ist diese enge Geschäftsverbindung zwischen der Allgemeinen Industriebank und der Postsparkasse auf dem Wege über den Herrn Abgeordneten Gimpl entstanden... (Lebhafte Hört!-Hört!-Rufe. — Dr. Gimpl: Ist nicht wahr! Kein wahres Wort!), weil die Geschäfte, damit ich es deutlicher sage... (Lebhafte Zwischenrufe. — Dr. Gimpl: Habe nie etwas damit zu tun gehabt!) ...weil die Geschäfte der Hartberger Genossenschaft auf dem Wege über diese Industriebank abgewickelt worden sind. Unter den vielseitigen Betätigungen nämlich, die der Herr Pfarrer Gimpl außerhalb des Gottesdienstes (lebhaftes Heiterkeit) in den letzten Jahren noch hat, befindet sich unter anderem auch die Gründung einer Hartberger steirischen Genossenschaft. Die hat der Herr Pfarrer und Abgeordnete Gimpl zusammen mit einem Biaraftendirektor, mit einem Generalkonsul von Uruguay (Heiterkeit) und zusammen mit einem Herrn Schiffmann gegründet! (Zwischenrufe. — Dr. Gimpl: Ich habe sie nicht gegründet! Das ist falsch!) Dieser Herr Schiffmann ist ein besonderes Kennzeichen unserer Zeit, dieser Herr Schiffmann ist nämlich ein christlichsozialer Jude. (Lebhafte Heiterkeit.) Ja, das ist richtig. Er ist erstens der sogenannte Pressereferent der Postsparkasse und außerdem macht er Provisionsgeschäfte durch Vermittlung von Postsparkassengeldern oder er hat sie wenigstens in den vergangenen Jahren gemacht. Diese unsauberen Geschichten führen also irgendwie — ich kann das hier nicht näher ausführen, weil es zu lange dauern würde — auch mit dieser Allgemeinen Industriebank zusammen.

Dann hat man eine andere Liquidation für diese Dinge versucht. Sie sehen, Herr Abgeordneter Gimpl, ich kann Ihrem Gedächtnis einigermaßen nachhelfen, ich begreife, daß Ihnen bei der Fülle der Geschäfte die Erinnerung an das einzelne verlorengegangen ist. (Heiterkeit. — Doktor Gimpl: Aber es ist trotzdem falsch, weil ich sie nie gegründet habe!) So ist dann auch

Postsparkassengeld natürlich zum Herrn Rintelen in die Steirerbank

gekommen und so hat also die Postsparkasse Aktien von der berühmten Kaufmännischen Bank gekauft und hat sich überhaupt überall beteiligt, wo irgendein Schiebergeschäft zu machen war.

Das Merkwürdigste an der Geschäftsgebarung ist aber doch folgendes: Ich habe vorhin schon in anderem Zusammenhang erwähnt, daß ein seltsamer Vertrag zwischen der Niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt und dem bekannten Schieber Talberg zustande gekommen ist, der dann infolge der Entrüstung der Öffentlichkeit, als man davon gehört hat, storniert werden mußte. Dieser Herr Talberg hat nun, als er dieses Geschäft mit der Landeshypothekenanstalt in der Tasche hatte, sich für dieses Geschäft einen Kompagnon gesucht und diesen Kompagnon in der Postsparkasse gefunden. Er hat von der Postsparkasse dafür, daß er sie an seinen Geschäften mit der Niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt beteiligen soll, 12 Milliarden verlangt (Hört!), und die Postsparkasse hat ihm das auf die Hälfte heruntergehandelt. Eine Landeshypothekenanstalt macht mit der Postsparkasse auf dem Umweg über irgendeinen Schieber Geschäfte — so weit haben wir es in Oesterreich in der Ära der christlich-sozialen Regierung schon gebracht.

Es ist also kein Wunder, daß die Mehrheit hier im Hause von einem Postsparkassengesetz nichts wissen will (Sehr richtig!), denn Sie wollen diese reichen Mittel und die Gewinne dieses Instituts benützen, um Ihre Parteigeschäfte damit zu flüttern. (So ist es!) Das ist ein Mißbrauch der Amtsgewalt (lebhafter Beifall und Händeklatschen), wie er ärger noch niemals vorgekommen ist. (Zwischenrufe. — Dr. Bauer: Ministeranklage gegen den Herrn Dr. Riebenböck! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Völzer: Der Mann gehört ja eingesperrt!) Der Herr Dr. Riebenböck lacht, er weiß, daß er nicht auf die Anklagebank kommen wird, denn die Mehrheit ist ganz seiner Meinung über diese Geschäfte.

Die Herren sind allmählich offenbar doch darauf gekommen, daß das nicht so weiter geht, und die Geschäfte der Postsparkasse für die christlich-soziale Partei sind also jetzt ein wenig ins Stocken geraten. Daher hat man jetzt eine andere Methode angefangen, wie man pleitegegangene Unternehmungen der Mehrheitsparteien stützt. Dafür haben wir ein neues Beispiel vor einigen Monaten erlebt. Da haben die christlich-sozialen Herren aus der Heimat des Herrn Bundeskanzlers sich zusammengesetzt, um dort ein Festspielhaus zu bauen. Wer gibt natürlich das Geld dazu her? Man ist zu den Judenbanken nach Wien gegangen, die haben ein paar Milliarden für dieses Festspielhaus hergegeben, und dann hat man sich von der Bayernbank 12 Milliarden ausgeborgt. Es kam der Zahlungstag, das Festspielhaus war noch nicht fertig, man sollte die Milliarden zurückzahlen, man hat kein Geld gehabt, es war die Gefahr, daß man die Bekanntschaft mit dem Landesgericht machen kann. Das durfte natürlich nicht sein, denn es handelt sich ja um christlich-soziale Politiker. Daher muß natürlich der Bund eingreifen. Was hat man in diesem Falle getan? Das ist ja etwas, was die Regierung dann mitgeteilt hat. (Dr. Bauer: Das hat aber noch andere Motive gehabt, es lag da noch ein persönliches Versprechen des Herrn Bundeskanzlers vor! — Seiß: Diese Herren sind dann die Organisatoren des Kampfes gegen die Opposition, die werden mit uns hier Krieg führen! Das sind immer die gleichen Personen!) Was ist damals durch die Bundesregierung gechehen? Die Bundesregierung hat der Bayernbank 2 beziehungsweise

3 Millionen Dollar aus dem Völkerbundkredit

gegeben (Hört! Hört!), das ist ein Betrag von 140 beziehungsweise 210 Milliarden Kronen. (Lebhafte Hört!-Hört!-Rufe.) Wir müssen für dieses Geld, das wir den Ententekapitalisten schuldig sind, ungefähr neun bis zehn Prozent Zinsen zahlen, die österreichische Regierung hat aber die 140 beziehungsweise 210 Milliarden aus diesem Geld der Bayernbank mit vier Prozent Zinsen geborgt. (Zwischenrufe.) Natürlich zu 4 Prozent Zinsen, denn die Bayernbank sollte ja dadurch die Möglichkeit bekommen, mit diesen 140 Milliarden Geschäfte zu machen und als Dank dafür die 12 Milliarden, die die Salzburger Festspielhausgesellschaft der Bayernbank schuldig war, abzuschreiben. Als die Regierung diese 140 Milliarden hingegeben hatte, wurde über die 12 Milliarden, die die Salzburger der Bayernbank schuldig waren, das Kreuz gemacht. (Hört! Hört!) Denn die Bayernbank kann mit dem österreichischen Regierungsgeld so viel verdienen, daß sie auf diese 12 Milliarden verzichten kann. Ja, sie konnte sogar noch nobler sein (Zwischenrufe), sie kann mit dem 4prozentigen österreichischen Regierungsgeld so gute Geschäfte machen, daß sie nicht nur diese 12 Milliarden abschreiben, sondern überdies dem Salzburger Festspielhaus neue 10 Milliarden gegen 6 Prozent Zinsen borgen konnte. So glänzende Geschäfte wird sie mit dem 4prozentigen österreichischen Regierungsgeld machen.

Wenn das keine politische Korruption ist, dann weiß ich nicht, was man so nennen kann! Die Bayernbank ist gewiß eine große Bank und an und für sich, was die Sicherheit anlangt, ist natürlich nichts dagegen zu sagen, daß man dort Gelder hingibt. Ich glaube nur, wenn man diese Gelder frei zur Verfügung gehabt hat, hätte man sie in der österreichischen Volkswirtschaft besser verwenden können. (Beifall und Händeklatschen.) Man mußte aber dieses Geschäft machen, damit man die Salzburger christlichsozialen Honoratioren vor dem Landesgericht rettet. Das ist also wieder eine andere Methode, wo die Regierung eingreift, um bei einem Krach christlichsozialer Unternehmungen zu helfen.

Und das, was wir heute erleben und was wir heute vor uns sehen, ist also der Gipfelpunkt des Ganzen, da sind wir jetzt endlich auf die Staatsgarantie gekommen. In dem neuesten Regierungsblatt, in der „Stunde“ (Heiterkeit), habe ich vor einigen Tagen gelesen, daß die Regierung ein Gesetz einbringen wird — was heute geschehen ist —, das am selben Tag erledigt werden muß. Wir Sozialdemokraten sind nicht gewillt, dem Gebote dieser Stunde Folge zu leisten (Heiterkeit), und auch nicht den Geboten der Regierung, sondern wir sind gewohnt, alles ordentlich zu prüfen. Ich erkläre hier von vornherein, ehe ich über diese Dinge zu sprechen anfangen, daß wir dafür zu haben sind, wenn vernünftige Vorschläge gemacht werden, die eine Katastrophe verhüten oder unter Umständen dazu dienen sollen, Einlagen zu sichern. Das heißt aber nicht, daß wir etwa blind jede Regierungsvorlage akzeptieren und daß wir etwa die Deckung liefern für alles mögliche, was nicht in dieses hohe Haus, sondern in ein anderes Haus gehört. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Die Regierungsblätter haben in den letzten Tagen eine — ich muß es sagen — sehr geschickte Kampagne geführt, um uns einzuschüchtern und von uns etwas zu expressen. Sie haben geglaubt, daß wir, wenn Sie von vornherein die Lüge austreuen, die Sozialdemokraten seien an allem schuld, einknicken würden und unbesehen alles annehmen, was Sie uns hier vorlegen. Das ist weit gefehlt. Die

Regierungsblätter mögen schimpfen, schreien, lügen, verleumden, wie sie wollen, das wird uns keinen Augenblick darin irremachen, die wirklichen Interessen des Volkes hier zu vertreten und alles zu prüfen, was geschehen ist und was in dieser Frage geschehen soll.

Und nun lassen Sie mich einiges über diese Dinge sagen. Zunächst etwas über den Anlaß. Da hat man ein furchtbares Geschrei darüber angestimmt, daß hier durch die Veröffentlichungen eines Abendblattes Unruhe gestiftet worden ist. Meine Herren! Wenn Sie die ganz unvollständige Geschichte der Zentralbank, die uns der Herr Finanzminister am Beginn der Sitzung hier erzählt hat, angehört haben, dann haben Sie gesehen, daß die Schwierigkeiten der Zentralbank deutscher Sparkassen nicht erst von der vorigen Woche her datieren, wo in irgendeiner Zeitung etwas darüber zu lesen war, sondern Sie haben von dem Herrn Finanzminister gehört, daß die Regierung selber den Verhandlungen mit der Deutschen Girobank Einhalt geboten hat, weil sie nicht wollte und es für illoyal hielt, daß sich diese deutsche Bank hier in ein Geschäft hineinsetzt, das nicht in Ordnung ist. Der Herr Finanzminister hat uns das hier selber erzählt. Auch der Herr Präsident Reich von der Nationalbank hat vor ein paar Tagen in den Zeitungen ein Communiqué veröffentlicht, in welchem er darlegte, daß er sich schon seit Monaten mit dem Problem der Zentralbank beschäftigt hat, daß dort schon seit Monaten etwas faul ist. Das ist also nicht eine Erscheinung der letzten Woche, sondern das ist — da hat der Herr Finanzminister mit seiner unvollständigen Darstellung ganz recht — das Produkt einer Entwicklung, die sich dort vollzogen hat, nur daß in der Zeichnung dieser Entwicklung einige Striche fehlen, die ich jetzt noch ergänzen werde.

Der Herr Finanzminister hat hier erzählt, die Zentralbank deutscher Sparkassen sei eine Bank, die das Recht habe, bankmäßige Geschäfte zu machen, sie habe von diesem Rechte Gebrauch gemacht und da seien halt Schwierigkeiten entstanden. Heute, meine Herren, lese ich in einem der Regierungsblätter auch einen heftigen Angriff, in dem es heißt, man wolle der Zentralbank dieses Recht streitig machen, daß sie eine Bank sei wie jede andere, aber das christliche Volk werde es nicht dulden, daß nur die Judenbanken Geschäfte machen, dieses selbe Recht müsse auch den anderen Banken gewahrt bleiben. Ganz gewiß, meine Herren, alle Banken sollen das Recht haben, Geschäfte zu machen. Es entsteht da natürlich nur die Frage, warum man, wenn die Geschäfte der einen Bank schiefgehen, sie ruhig schiefgehen läßt und sich nicht weiter darum kümmert, und warum dann, wenn bei einer anderen Bank die Geschäfte schiefgehen, der Staat erklärt, da müsse er unbedingt einpringen und alles garantieren. Ich glaube, daß sich diese Frage jedem Menschen aufdrängt. Sie wird sich aufdrängen den Einlegern der Deutschen Bodenbank und der Nordisch-österreichischen Bank, diesen armen Bundespensionisten, die man abgefertigt hat und die dort ihre paar Duzend Millionen wegen der hohen Zinsen eingelegt haben, sie wird sich allen den tausenden Einlegern der Lombardbank, der Depositenbank und auch jenen Leuten aufdrängen, die sozial sehr berücksichtigungswert sind, die ihre Milliarden in dem Ersten Wiener Konsumverein haben, der jetzt in Ausaleich gegangen ist. (Zustimmung.)

Sie sagen aber, meine Herren, die Sozialdemokraten seien schuld daran, wenn ein Nun auf die Sparkassen entsteht, weil sie über diese Dinge öffentlich reden. Sie, meine Herren, haben einen Finanzminister, der in einem öffentlichen Briefe vor ein paar Tagen gesagt

hat, es falle ihm gar nicht ein, den Einlegern des Ersten Wiener Konsumvereines irgend etwas zu garantieren, und der dadurch diesen Konsumverein in das Ausgleichsverfahren getrieben hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Und da reden Sie noch davon, daß Sie uns Vorwürfe machen wollen?

Überhaupt, meine Herren, wenn wir schon bei diesem Kapitel sind, so muß ich sagen, daß dieser Einschüchterungs- und Erpressungsfeldzug, den die Regierungspresse führt, das Niederträchtigste und Schamloseste ist, das man sich denken kann. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.) Haben Sie denn schon vergessen, wie in Plakatlettern die gemeinwirtschaftlichen Anstalten in dieser Regierungspresse schlechtgemacht worden sind, wie man versucht hat, dem Arsenal den Kredit abzugraben, das Arsenal durch lügenhafte Berichte in diesen Zeitungen zu schädigen? Haben Sie daran vergessen, daß Sie erst vor wenigen Tagen den direkten Versuch unternommen haben, einen Nun auf die Arbeiterbank und auf die sozialdemokratischen Konsumvereine zu arrangieren, indem Sie ein Querulantenflugblatt des Herrn Raff abgedruckt haben?

Aber hier sehen Sie den Unterschied. Der Unterschied ist nämlich der, daß Sie mit und ohne den Herrn Raff über die sozialdemokratischen Konsumvereine und über die Arbeiterbank so viel Flugblätter verbreiten können, wie Sie wollen; denn bei den Beziehungen von Einlegern und Kunden gegenüber einem Konsumverein und einer Bank handelt es sich um eine Frage des Vertrauens und die Arbeiter und Angestellten wissen sehr wohl, daß die Gelder, die sie bei den sozialdemokratischen Konsumvereinen und in der Arbeiterbank eingelegt haben, in sehr guter Hut sind — nicht in einer solchen Hut wie bei dem Herrn Schürff in der Deutschen Bodenbank oder bei den Herren Fink und Kamek in der Agrarbank, sondern in einer viel besseren Hut. Daher nützen Sie mit Ihren Flugblättern nur der Buchdruckerkunst und der Papierindustrie, aber Sie werden diesen Unternehmungen nichts anhaben können.

Umgekehrt natürlich,

ein Institut, das nichts wert ist, verträgt keine öffentliche Kritik.

Aber dann muß ich nicht nur fragen, ob diese Kritik verboten ist, sondern ich muß auch die Frage aufwerfen, wer schuld daran ist, daß dieses Institut zugrunde gehen muß. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Frage und die Antwort auf diese Frage, die bleibt Ihnen nicht erspart. Sie haben sich vorgestellt, mit einem Verleumdungs- und Einschüchterungsfeldzug uns dazu zu bringen, daß wir über die Vorlage, die uns der Herr Finanzminister hier herlegt, abstimmen und dann wieder ruhig nach Hause gehen und Sie Ihre Sache geborgen haben werden. Nein, meine Herren, so kann sich dieser Vorgang nicht abspielen, sondern er kann sich nur so abspielen, daß man zunächst einmal feststellen muß, was denn hier eigentlich geschehen ist. Die Herren haben gesagt — der Herr Finanzminister hier und auch Ihre Presse —, die Zentralbank habe dasselbe Recht, Geschäfte zu machen wie jede andere Bank, und der Herr Minister hat erwähnt, daß diese Geschäfte der Zentralbank höchst merkwürdig geworden sind.

Dieser Titel „Zentralbank deutscher Sparkassen“ ist nämlich mit der Zeit eine Irreführung geworden, denn von Sparkassenprinzipien ist bei der Verwaltung dieser Bank keine Rede gewesen. Sie hat Bankgeschäfte gemacht wie jede andere, mit allem Risiko, das solchen Bankgeschäften an-

haftet, und noch mehr: diese Bank, in die man die Sparkassengelder legte, hat in Wirklichkeit dem

Kommando des Herrn Wutte

gefolgt. Dieser Herr Wutte wird häufig der österreichische Stinnes genannt. Ich glaube, der Vergleich trifft nicht zu, es wäre besser, wenn man ihn etwa den arischen Sami Bronner nennen würde. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Das wäre eine richtigere Bezeichnung für die Manipulationen dieses Herrn, als ihn etwa mit dem Deutschen Stinnes zu vergleichen. Dieser Herr Wutte, der einer der größten Schieber ist, die es in Oesterreich in den letzten Jahren überhaupt gegeben hat — er war auch eine Zierde der Großdeutschen Volkspartei als Abgeordneter in der konstituierenden Nationalversammlung, wir kennen ihn also alle von Angesicht zu Angesicht —, dieser Herr Wutte mit seinen Schiebergeschäften hat schon mehr zugrunde gerichtet als bloß eine Bank, denn bei dem Umfang seiner Geschäfte kann vielerlei passieren. Allerdings erfreute er sich sehr hoher Protektion, er ist in der Aera Ahrer im Finanzministerium ein- und ausgegangen, das steirische Wirtschaftsprogramm ist das Programm des Herrn Wutte und dieses Programm sagt in allen möglichen Umschreibungen immer wieder nur: Dem Herrn Wutte muß geholfen werden. Und er versteht es, den Staat in allen Formen in seinen Dienst zu spannen. Wir haben gehört, daß zum Beispiel der Vertrag der Graz-Köflacher Bahn mit den Bundesbahnen gelöst worden ist, sie ist wieder selbständig. Nun hat der Herr Wutte die Frage einer Entschädigung aufgeworfen, und obwohl ein Schiedsgericht erklärte, daß gar kein Anlaß zu einer Entschädigung wegen der Lösung dieses Vertrages vorliege, hat, wie man hört — wenn es nicht richtig ist, soll es der Herr Finanzminister berichtigen — das Finanzministerium dennoch veranlaßt, daß

dem Herrn Wutte ein Betrag von, ich glaube, 16 Milliarden

(Hört! Hört!) als Entschädigung gezahlt werden soll. (Lebhafte Zwischenrufe.) Der Herr Wutte hat hohe Protektion. Herr Wutte führt natürlich seine Unternehmungen, wie ein Schieber und Schwindler Unternehmungen führt. Man braucht sich nur die Bilanz dieser Graz-Köflacher Bahn anzuschauen und man wird zum Beispiel finden, daß in dieser Bilanz eines Bergbau- und Eisenbahnunternehmens 120 Milliarden Effektenbesitz figurieren. Das zeigt uns, was für Geschäfte das sind. Wenn nun ein solcher Herr eine Bank in seine Hände bekommt, oder bestimmenden Einfluß auf sie bekommt, dann ist es begreiflich, daß Schwierigkeiten entstehen.

Wo war aber die Regierung? Hat die Regierung das nicht alles früher gesehen, hat die Regierung auf eine Bank, in die die Sparkassen ihre Reserven einlegen, nicht mehr Einfluß gehabt, um das Großwerden des Herrn Wutte dort zu verhindern? Hat die Regierung einmal verlangt, daß die Bankkommission dort eine Kontrolle ausübe, hat die Regierung nicht im Gegenteil es sogar für unerwünscht gehalten, daß dort kontrolliert wird? (Hört! Hört!) Alle diese Fragen müssen aufgeworfen und beantwortet werden. Und dann muß vor allem die Darstellung des Herrn Finanzministers ergänzt werden. Denn diese Zentralbank wäre trotz aller Widrigkeiten, in die sie vor allem durch den Herrn Wutte gestürzt wurde, nicht in solche Schwierigkeiten geraten, wenn man ihr nicht zugemutet hätte,

drei verfrachtete Banken in sich aufzunehmen

(So ist es!), was nicht ein öffentliches Interesse, sondern vor allem ein großdeutsches und ein christlichsoziales Parteiinteresse war. Da war zuerst die Industrie- und Handelsbank, dann die Niederösterreichische Bauernbank und dann die Steirerbank, die diese Zentralbank deutscher Sparkassen in sich hat aufnehmen müssen und die sie, zumal sie schon einen schlechten Magen gehabt hat, eben nicht mehr vertragen hat. Hier, meine Herren, werden die Mißbräuche der Regierungsgewalt und der Politik noch deutlicher erkennbar als in allen anderen Fällen.

Erinnern wir uns nur an diese Niederösterreichische Bauernbank, wie sie Spargelder der niederösterreichischen Bauern mit dem Ziele aufgesammelt hat, sie wieder landwirtschaftlichen Zwecken zuzuführen. Erinnern wir uns, daß einer der Hauptmacher dieser Bank — ich weiß nicht, welche formelle Rolle er dort gespielt hat — der verfloffene Herr Zweckbacher gewesen ist, der seither in der Versenkung verschwunden ist. Mit dem Herrn Zweckbacher sind aber auch die Bauerngelder zu einem großen Teil verschwunden, die dort eingelegt waren, denn diese Bauernbank hat diese Gelder nicht für landwirtschaftliche Zwecke verwendet, für die sie bestimmt waren, sondern diese Gelder sind an die Börse gewandert (Hört! Hört!), die niederösterreichischen Bauerngelder sind auf Rimmerwiedersehen an die Börse gegangen. Das hat der Herr Zweckbacher, der Macher dieser Bank, selbst zugegeben. Denn als er noch obenauf war, hat er an die agrarische Zentralstelle einen de- und wehmütigen Brief geschrieben, den er selbst veröffentlicht hat. In diesem Briefe vom Oktober 1924 hieß es (liest): „Vom Effekten-, Devisen- und Börsengeschäft wird sich die Bauernbank vollständig zurückziehen.“ Das hat er den Agrariern versprechen müssen. Aber es war zu spät, die Bauernbank konnte nicht mehr weiter und die Zentralbank hat diese faulen Geschäfte der Bauernbank übernehmen müssen. Das war der eine Fall.

Der zweite Fall ist noch viel ärger — er betrifft

die Steirerbank der Herren Ehrer und Rintelen.

Diese Bank hat eine ganz besondere Geschichte und verdient wieder etwas ausführlicher betrachtet zu werden. Ich muß da an eine schöne Rede erinnern, die der Herr Professor Gürtler am 28. April des Jahres 1920 in diesem Hause gehalten hat. Er hat da in einer Debatte über die Gründung der Steirerbank erzählt und hat gegenüber sozialdemokratischen Angriffen erklärt, diese Gründung der Steirerbank, das sei der praktische Antisemitismus; statt des öden Hepp-Hepp-Geschreies — hat der Herr Professor damals gesagt — wolle man einmal den Juden mit seiner eigenen Waffe bekämpfen. Und er hat dann erzählt, wie dafür gesorgt sei, daß

die Aktien dieser Steirerbank niemals in jüdische Hände

gelangen können. Daß zum Schluß in den Inseraten der Unionbank in der „Neuen Freien Presse“ diese arische Steirerbank als ein Konzernunternehmen des Herrn Bosel annonciert worden ist und daß der Herr Castiglioni seine Vertreter in die Verwaltung der Steirerbank hineingeschickt hat, das steht allerdings mit der Rede des Herrn Professors Gürtler in einigem Widerspruch. Aber der Herr Professor

Gürtler hat sich in dieser Rede überhaupt als ein schlechter Prophet erwiesen. Bitte, meine Herren, wegen des Zusammenhanges mit den heutigen Ereignissen das wohl zu beachten: Herr Professor Gürtler hat damals folgendes erklärt (liest):

„Wir“ — nämlich die Christlichsozialen — „sind froh, daß wir diese Bank haben, und wir hoffen, bald in die Lage versetzt zu sein, das Aktientkapital zu vermehren, um dann gegenüber den anderen Banken noch energischer und entschiedener aufzutreten zu können. Und was die Gemeinnützigkeit der Steirerbank anbelangt, so wird sie sich erst dann deutlich dokumentieren können, wenn man sehen wird, wie diese Bank ihre Reingewinne verteilt. Sie werden gewiß nicht so verteilt werden wie Sie“ — nämlich die Sozialdemokraten — „es wünschen, davon bin ich fest überzeugt. Es ist eben ein **Christlichsoziales Parteiunternehmen**. Wir haben nicht eine einzige Sekunde ein Hehl daraus gemacht — das können Sie von uns hören, so oft Sie es wollen. Diese Reingewinne werden Zwecken zufließen, die nicht die Ihrigen, sondern die unsrigen sind“.

So hat der Herr Professor Gürtler damals gesagt: Diese großartige Gründung ist dennoch kaputt gegangen, obwohl hier die schamloseste Verbindung von Politik und Geschäft vorlag, die man sich überhaupt denken kann. Bei dem Herrn Rintelen konnte man überhaupt nicht mehr unterscheiden, wo der Landeshauptmann aufhört und der Präsident der Steirerbank anfängt — er hat alle Geschäfte gleich in duplo gemacht. (Heiterkeit.) Wenn er zum Beispiel als Landeshauptmann mit dem Herrn Castiglioni verhandelt und für das Land mit ihm ein Geschäft gemacht hat, ist der Herr Castiglioni zugleich ein Teilhaber dieser arischen Steirerbank geworden; wenn er sonst irgendwie für die Bank ein Geschäft gemacht hat, ist immer das Land auch irgendwie dabei gewesen. Der Herr Rintelen hat zwischen seiner Bank, deren lebenslänglicher Präsident er war, und den Landesgeschäften schon überhaupt nicht mehr unterschieden und so ist dieses Graz ein Herd der politischen Korruption geworden, wie man sich sie ärger überhaupt nicht mehr denken kann. Trotzdem hat dieses Unternehmen keine Erfolge gehabt.

Es taucht hier die Frage auf, warum nicht die jüdischen Großbanken auch die Steirerbank saniert haben, wo sie doch sonst so gute Beziehungen mit dem Herrn Rintelen besitzen. Vielleicht liegt die Ursache darin — ich bitte, die Herren werden mich korrigieren, wenn ich hier etwas Falsches sage, denn hier kann ich nur eine Vermutung aussprechen —, daß man den

Bosel für ein anderes arisches Unternehmen in Graz erst vor einigen Wochen so stark in Anspruch genommen

hat, daß er nicht auch für die Steirerbank herangezogen werden konnte. Wir haben in den Zeitungen gelesen, daß da kürzlich in Graz die sogenannte Genossenschaftsbank verkracht ist, an deren Spitze der frühere großdeutsche Minister Emil Kraft stand und an der auch die christlichsoziale Bauernvereinskasse der Steiermark sehr angehängt war. Da hat nun der Herr Bosel die Freundlichkeit gehabt, mit seinem Gelde diese Bauernvereinskasse dort auszukaufen und das hat natürlich immerhin etliche Milliarden gekostet. Vielleicht ist der Herr Bosel deshalb nicht bereit gewesen, auch der Steirerbank den Herrn

Rintelen beizuspringen, obwohl er in engster Geschäftsverbindung mit dieser Steirerbank gestanden hat.

Daß aber das, was in dieser Steirerbank vorgegangen ist, zu den aller-schwersten Bedenken Anlaß gibt, dafür spricht eine unleugbare Tatsache: Als wir bei einer Verhandlung der Postsparkassenangelegenheiten darauf-gekommen sind, daß

die Postsparkasse 13 Milliarden auch bei der Steirerbank

ingelegt hat, wurde in dem Bankenausschuß des Parlaments vom Abgeordneten Allina der Antrag gestellt, es möge die Bankenkommision beauftragt werden, alle jene Banken zu kontrollieren, bei denen die Postsparkasse Geld einlege. Natürlich auch die Steirerbank. Die Herren der christlich-sozialen Majorität haben diesen Antrag im Bankenausschuß angenommen. Kaum aber war er angenommen, sind ihnen Bedenken aufgestiegen — der Herr Rintelen wird natürlich über seine Geschäfte im christlichsozialen Klub nicht sehr ausführlich berichten, das glaube ich schon —, da ist ihnen also offenbar gesagt worden, das sei ganz unmöglich, und die Herren haben nun die klägliche Rolle gespielt, uns einreden zu wollen, es sei ja gar kein Beschluß gefaßt worden, die Steirerbank zu kontrollieren. (Lachen und Zwischenrufe.) Da aber das amtliche Protokoll der Bankenkommision, die diesen Sitzungen ja anwohnt, vorlag, so konnte man auf die Dauer doch nicht leugnen, daß ein einstimmiger Beschluß vorlag, die Steirerbank zu kontrollieren. Daher haben schließlich die Herren die Schamlosigkeit gehabt zu erklären, daß man diese Kontrolle der Steirerbank jetzt nicht machen könne, sondern, daß man sie erst dann machen solle, sobald die Wirtschaftslage durch diese Kontrolle der Steirerbank keine Gefährdung mehr erfahren könne. Nun, meine Herren, muß man sich fragen: Wenn eine Mehrheit einen solchen Antrag stellt und beschließt, wie kann die wirtschaftliche Lage Oesterreichs gefährdet werden — das ganze hat sich im heurigen Februar abgespielt —, wenn die Steirerbank kontrolliert wird? Ja, meine Herren, daß man eine Bank nicht kontrollieren darf, sagt die Majorität des Parlaments, dieser Bank aber die Erlaubnis zu belassen, Einlagen entgegenzunehmen, damit ist die Mehrheit einverstanden. Nur kontrollieren, was mit diesen Einlagen geschieht, das darf man nach der Meinung der Mehrheit nicht. Dieses Vorgehen in Sachen der Steirerbank mußte natürlich zu dem schärfsten Mißtrauen führen, und offenbar hat es schon damals im Februar gekracht, sonst hätten die Herren doch nicht die Scheu vor dieser Kontrolle der Steirerbank gehabt.

Aber, meine Herren, so wie Sie sich das vorstellen, geht's natürlich nicht. Da gründen christlichsoziale Vizekanzler, Landeshauptleute, Landesräte und Nationalräte eine Bank — für ihre privaten Profite oder für Parteizwecke ist ganz egal — die Steirerbank, wie der Herr Professor Gürtler hier ausdrücklich erklärt hat, als ein christlichsoziales Parteiunternehmen. Floriert das Geschäft, geht es gut, dann steckt die christlichsoziale Partei die Gewinne ein. Geht das Geschäft krachen, dann soll mit Steuergeldern das Defizit gedeckt werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Anhaltende Pfuirufe.) Das, meine Herren, ist Ihre Volkswirtschaftspolitik, das ist Ihre Finanzpolitik. Und da glauben Sie mit Einschüchterungen und Erpressungen uns auf Ihre Linie zu bringen? Davon kann gar keine Rede sein. Können Sie sich vorstellen, daß es eine größere Skrupellosigkeit und einen schändlicheren Mißbrauch gibt, als er hier in

diesem Falle der Steirerbank in Wirklichkeit vorliegt? Diese ganze Regierung ist ja eigentlich eine Expositur verfrachter Banken. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wenn man die Minister einen nach dem andern anschaut, sie sind fast alle in solchen Verbindungen gestanden. Der Herr Bundeskanzler war, bevor er Bundeskanzler wurde, im Direktionsrat der Agrarbank; der Herr Schürff war der Vizepräsident der Deutschen Bodenbank, der Finanzminister Ihrere war der Vizepräsident der Steirerbank; jetzt ist er durch den Präsidenten ersetzt worden. Ja, meine Herren, eine ganze Regierung, bestehend aus Verwaltungsräten verfrachter Banken — da begreift man, daß Sie der Meinung sind: Wir gründen uns Parteigeschäfte; gehen sie gut, haben wir den Profit, gehen sie schlecht, dann muß das Parlament ein Gesetz beschließen, daß die Steuerzahler das Defizit zu tragen haben.

Aber, meine Herren, so einfach sind die Dinge nicht und ich glaube immer noch, daß Leute, die verdienen auf die Anklagebank zu kommen, dies nicht dadurch vereiteln dürfen, daß sie sich zuerst auf die Ministerbank setzen. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Denn, meine Herren,

ein Ministerium ist kein Verbrecherasyl.

So weit haben wir es in Oesterreich noch nicht gebracht. (Lebhafter Beifall.)

Es muß also zunächst einmal absolut klargestellt werden, was hier geschehen ist. Die Zentralbank wäre nicht in diese Schwierigkeiten gekommen, wenn man ihr nicht zugemutet hätte, diese drei verfrachten Parteibanken mit horrenden Summen zu übernehmen. Sie haben der besugten Behörde, der Bankkommission, durch einen Parlamentsbeschluß verwehrt, zur rechten Zeit dort eine Kontrolle zu üben. (Lebhafter Beifall.) Das ist ein Verbrechen gewesen. Sie sind daher mitschuldig an dieser ganzen Wirtschaft. Diese Mitschuld muß im einzelnen festgestellt und sie muß auch gesühnt werden. Daher ist nicht das erste, was das Parlament heute hier zu tun hat, daß es einfach ja und amen zu den Gesetzen sagt, die der Herr Finanzminister hier vorgelegt hat, sondern das erste ist, daß untersucht werden muß, was hier geschehen ist, daß eine Untersuchung geführt werden muß, die vor nichts zurückschrecken darf und die alle, auch wenn sie zufällig jetzt auf der Regierungsbank sitzen, in diese Untersuchung einbezieht. Man wird dann eben sehen, ob es bei dieser Untersuchung sein Bewenden haben kann oder ob der Fall nicht so liegt, daß dann noch eine andere Untersuchung über diese Dinge stattzufinden hat. Aber in dieses Dunkel Ihrer Parteigeschäfte, in diese schamlosen Mißbräuche, die da jahrelang begangen worden sind, muß jetzt einmal, und zwar gründlich hineingeleuchtet werden. Das, meine Herren, wird Ihnen nicht erspart bleiben können.

Über das einzelne dieser Gesetze hier zu reden, ist heute noch nicht am Platze. Wir haben sie unmittelbar am Beginn der Haus Sitzung vorgefunden und können uns daher heute über die Details nicht äußern. Aber einiges muß ich dazu doch noch sagen. Sie haben diese Gesetze in den letzten Tagen vorbereitet, ein Gesetz auch, durch das ein Fonds geschaffen werden soll, aus dem solche faule Geschäfte saniert werden sollen. Das Bedenkliche einer solchen Sache springt in die Augen. Diejenigen, die anständig ihre Institute verwaltet haben, sollen nun tributpflichtig gemacht werden, um die Gaunereien anderer gut-

zumachen. (Lebhafter Beifall.) Das ist ein Prinzip, das höchst bedenklich ist. Aber der primitivste politische Anstand hätte es erfordert, daß Sie diejenigen Kreise, die in der Hauptsache als die Aufbringer der Mittel an einem solchen Gesetze interessiert sind, doch zunächst einmal darüber fragen, was sie dazu sagen. Sie haben gestern in Ihrem Ministerium eine Konferenz mit Sparkassen und Banken gehabt, aber Sie haben ängstlich die größte Sparkasse der Republik von diesen Beratungen ferngehalten. (Hört! Hört!) Die Zentralsparkasse der Stadt Wien, die mehr als eine Billion Einlagen hat, haben Sie nicht zugelassen, obwohl der Vorsitzende dieser Zentralsparkasse der Vizepräsident des Reichsverbandes der österreichischen Sparkassen ist. Sie glauben, daß Sie Ihre Geschäfte unter sich abmachen können und daß Sie die anderen, die ihre Sparkassen in Ordnung geführt haben, einfach dazu zwingen können, die Skandale der anderen wiedergutzumachen und ihnen das Geld dazu zu geben. Darüber wird allerdings noch ein sehr ernstes Wort zu reden sein.

Wieso kommt es denn, daß zum Beispiel die Zentralsparkasse der Stadt Wien einen so ungeheuren Zulauf hat? Ich habe — ich glaube im großdeutschen Parteiblatt — vorgestern gelesen, daß diese von den Sozialdemokraten hervorgerufene Beunruhigung schon auch die Zentralsparkasse der Stadt Wien ergriffen hat, daß dort die Leute angestellt stehen, um ihre Einlagen zurückzuerlangen. (Heiterkeit.) Diese großdeutsche Zeitung hat einen schlechten Reporter hingeschickt. Dort sind nämlich die Leute angestellt gestanden, nicht um ihre Einlagen zurückzuerlangen, sondern um ihr Geld dorthin zu tragen, weil sie wissen, daß dort die Dinge in Ordnung sind und weil sie wissen, daß die Zentralsparkasse der Stadt Wien mit keinem einzigen Finanzkandal in diesen Jahren in irgendeine Berührung gekommen ist, weil sie wissen, daß die Zentralsparkasse von dieser Ministerialverordnung, die längst aufgehoben gehört hätte, nach der Sparkassen auch bankmäßige Geschäfte machen dürfen, keinen Gebrauch gemacht hat, sondern immer als eine regelrechte und ordentliche Sparkasse geführt worden ist. (Abgeordneter Seitz: Und weil die Majorität und die Minorität dort an der Verwaltung teilnehmen!) Das sind die Gründe. Sie werden uns da mit Gerüchtemacherei, auch mit solcher Gerüchtemacherei gar nicht einschüchtern können. Das ist ganz unmöglich.

Sie schreiben, um nur noch ein Wort darüber zu sagen, hier hinein: Alle Einlagen sollen garantiert werden ohne Unterschied der Höhe, alle Einlagen, nicht nur die auf Büchel, auch die im Kontokorrentverkehr. Ja, meinen Sie vielleicht, daß auf diesem Wege jetzt der Herr Wutte saniert werden soll? Beabsichtigt die Regierung vielleicht, die Schiebergeschäfte des arischen Sami Bronner jetzt in Ordnung zu bringen? Ja, und da glauben Sie, daß wir das einfach hinunterzuschlucken haben, daß hier über diese Dinge nichts geredet werden darf, daß man das einfach annehmen muß, weil man sonst ein Schädling oder weiß ich was ist. Meine Herren! Die Schädlinge der österreichischen Volkswirtschaft, sie sitzen auf Ihrer Seite. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Schädlinge der österreichischen Volkswirtschaft, das sind diejenigen, die diese Wirtschaft in diesen fünf Jahren gezüchtet haben, das sind die-

jenigen, die diese Skandale haben groß werden lassen, das sind diejenigen, die die Tätigkeit der Bankkommission sabotiert haben und die aus einem ganz egoistischen Parteiinteresse heraus eine solche Wirtschaft mit Einlagegeldern haben angehen lassen.

Diese Verbindung von Politik und Geschäft ist ein Pestherd in unserer Republik geworden und sie ist eine Schändung der Demokratie, die jetzt aber gründlich ausgetilgt werden muß. Und diese Arbeit wollen wir in der Tat leisten. Es wäre nichts damit getan, wenn man einfach solche Gesetze beschließen würde. Man muß sich ihren Inhalt gründlich anschauen, und was notwendig ist, dem werden auch wir Sozialdemokraten unsere Zustimmung nicht versagen. Aber nur dem, was notwendig ist. Daß hier einfach Ihre Geschäfte im Dunkeln untergehen sollen, dazu werden wir nicht die Hand bieten. Im Gegenteil, das muß ans Tageslicht und diese Schande muß ausgetilgt werden. Das ist in Wirklichkeit der erste Schritt zur Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der in Österreich gemacht werden kann. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen. — Der Redner wird vielfach beglückwünscht.)

